

Ressourcenabbau in Indien

Konflikte um Rechtsstaat und Menschenrechte

Theodor Rathgeber, Kassel



Im Mai 2015 veröffentlichten die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) *Stop Child Labour* und *India Committee of the Netherlands* einen Bericht zu Sklaven- und Kinderarbeit in 18 Granitsteinbrüchen in Indiens südlichen Bundesstaaten *Tamil Nadu* und *Karnataka*. In Indien lagern rund 20 Prozent des Granitsteins weltweit. Europa ist neben China der größte Abnehmer. Der Naturstein wird in der Bauwirtschaft, von Friedhofssteinmetzen sowie für Küchen-Arbeitsplatten und Gartenzierrat genutzt. In den Steinbrüchen arbeiten überwiegend Angehörige aus niedrigen Kasten – weit unter dem Mindestlohn, ohne ein Mindestmaß an Gesundheitsversorgung oder Sicherheitsstandards. Ganze Hügel Granitstein verschwinden unter den schuftenden Händen der Arbeiter. In der Verwertung des Steinabfalls sind häufig Kinder beschäftigt. Die in den Niederlanden ansässigen Herausgeber der Studie befragten 26 Natursteinunternehmen zu den Ergebnissen und zu Maßnahmen in ihren Lieferketten. Nur zwölf haben überhaupt geantwortet, davon beteiligen sich vier an freiwilligen Initiativen zur Unternehmensverantwortung, um Mindeststandards in der Arbeitswelt sowie Menschenrechte einzuhalten.

SUDASIEN BÜRO

Bauxithaltiges Gestein, der Rohstoff für die Aluminiumherstellung (Baphimali bei Kashipur, Süd-Odisha).

Ortswechsel: Im Juni 2011 rief das *Food First! Information and Action Network* (FIAN) zu einer Eilaktion gegen ein Kohletagebauprojekt im Bundesstaat Jharkhand auf. Die Bergbaugesellschaft *Central Coalfields Limited* (CCL) gefährdet das Überleben von rund tausend Angehörigen der *Adivasi* im Dorf *Kusum Tola* im nördlichen *Karanpura*-Tal. Als *Adivasi* bezeichnen sich die indigenen Völker Indiens. Das *Karanpura*-Tal ist eine fruchtbare Region mit Wäldern. Die lokale Bevölkerung baut traditionell Reis, Weizen, Senf und Linsen an und nimmt Geld über Forstprodukte und Saisonarbeit ein. Neben der landwirtschaftlichen Bedeutung ist das Tal bis heute ein wichtiger Korridor für Elefanten. Das Unternehmen CCL hatte mit dem Bergbau vor rund 30 Jahren begonnen. Seither mussten bereits zwei Dörfer dem Kohleabbau weichen. Weitere 200 Dörfer sind von der Expansion bedroht. Im Jahr 2011 setzte CCL den Abbau mit schweren Sprengungen in der Nachbarschaft von *Kusum Tola* fort. Riesige Staubwolken, Risse in den Häusern, verschmutztes und versiegendes Wasser waren die Folgen. FIAN prognostizierte Hunger, Unterernährung und die Vertreibung der lokalen Bevölkerung. Wer gegen den Abbau und gegen die Enteignung von Land protestierte, wurde kriminalisiert. Bis heute hat sich an der Situation nichts zum Positiven verändert.¹

Diese und andere Beispiele zum Ressourcenabbau in Indien finden sich zuhauf. Neben Menschenrechtsverletzungen – u. a. Landgrabbing, gefährdete Nahrungsmittelselbstversorgung, Hungersnöte – hat die Ressourcenplünderung auch Folgen für die Umwelt. Die Landschaften haben sich in ökologische Notstandsgebiete verwandelt. Die Messwerte für Luft, Boden, Trinkwasser, Gesundheitsstandards oder Lebenserwartungen liegen in den Abbauregionen deutlich unter den Minimalstandards. Auch juristisch handelt es sich quasi um Notstandsgebiete. Die lokale Bevölkerung wird teils bewusst getäuscht, entrechtet und mundtot gemacht, es kommt zur Rechtsbeugung bis hin zur direkten Gewaltausübung.

Solche Beispiele der Rohstoffausbeutung sind nicht auf Indien beschränkt, sondern erstrecken sich auf die asiatisch-pazifische Region oder auch auf (Süd-)Afrika. Alle Lagerstätten versorgen Industriegesellschaften mit Rohstoffen, teils in nati-

onaler, teils in internationaler unternehmerischer Regie. Umgekehrt sorgen sich Industrieländer um ihre Rohstoffversorgung und messen – in Konkurrenz mit anderen Volkswirtschaften – Rohstoffen eine geostrategische Bedeutung zu. Die Europäische Union und Deutschland haben Strategien verabschiedet, um sich den Zugang zu knapper werdenden Ressourcen zu möglichst niedrigen Preisen zu sichern. Solche Vorhaben gehen zwar mit der Formulierung ethischer Standards und Kodizes einher. Doch die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Transparenz und Rechenschaftspflicht in solchen Verhaltenskodizes nur soweit anerkannt sind, wie Unternehmen das als sinnvoll erachten. Zusammen mit niedrigen Preisen bedeutet dies geradezu zwingend, dass die Umweltrisiken und sozialen Folgen in den Förderregionen verbleiben, während der Rohstoffreichtum nach ›außen‹ verbracht wird. Dies wird nicht überall klaglos hingenommen, Widerstand erwächst, lokal und international. Zahlreiche international operierende NGOs bearbeiten das Thema Rohstoffe und Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, bilden Netzwerke und fordern Sorgfaltspflichten für Unternehmen.

Der folgende Text handelt also von der Gier nach Rohstoffen in Indien, ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, lokalem Widerstand und Möglichkeiten internationaler Solidarität.

Ressourcenabbau in Indien: die Gier nach mehr

Nach Angaben des indischen Ministeriums für Arbeit und Beschäftigung gehört Indien zu den Ländern mit den größten Eisenerz-, Kohle- und Bauxit-Vorkommen. Insgesamt wurde Mitte 2014 in knapp 3.500 offiziell registrierten Minen geschürft, davon 564 beim Kohlebergbau, 460 bei Eisenerz, 190 bei Bauxit, 180 bei Mangan sowie rund 600 in Kalksteinbrüchen. Indien ist einer der größten Kohle- und Eisenerzexporteure weltweit. Rund 70 bis 80 Prozent der elektrischen Energie in Indien stammen aus Kohle, so das Ministerium für Bergbau. Bis zum Jahr 2019 soll doppelt so viel Kohle abgebaut werden wie bislang, um die Stromproduktion zu erhöhen. Inzwischen gibt es allerdings auch eine nennenswerte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen sowie Bemühungen um eine höhere Energieeffizienz. Doch Kohleabbau und -kraftwerke gehören nach

1 <http://fianindia.org/pdf/Newsletter-Volumn-XIV.pdf>



Infobox

Kohle
 vornehmlich in *West Bengalen, Bihar, Jharkhand, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Uttar Pradesh, Maharashtra, Odisha (bis 2011 Orissa), Andhra Pradesh, Assam, Sikkim, Arunachal Pradesh, Meghalaya und Nagaland*

Eisenerz
 vornehmlich in *Jharkhand, Odisha, Chhattisgarh, Karnataka, Goa*

Bauxit
 vornehmlich in *Jharkhand, Odisha, Chhattisgarh, Tamil Nadu.*

Volkswirtschaft gesehen. Wichtige Abbaugelände im Bergbau sind dem Kasten zu entnehmen. Just in diesen Regionen finden sich ebenso reiche Vorkommen anderer Rohstoffe und einige verfügen über groÙe Waldbestände. Letztere sind wiederum Gebiete, in denen Angehorige der *Adivasi* in groÙer Zahl leben.

Das in New Delhi ansässige Wissenschafts- und Umweltzentrum CSE errechnete, dass seit 2007 für Kohleabbau und Infrastruktur rund 26.000 Hektar Wald weichen mussten.² Im Oktober 2012 veröffentlichten die indische Umweltschutzorganisation *Kalpavriksh* und *Greenpeace India* den Bericht *Countering Coal* zu einer exemplarischen Fallstudie in *Madhya Pradesh*. Dort drohten 13 neu geplante Kohlekraftwerke, 1,1 Millionen Hektar Wald zu vernichten und 14.000 Angehörige lokaler *Adivasi*-Gemeinschaften zu vertreiben. Die für die lokale

wie vor zum boomenden Teil der Wirtschaft, die hunderttausenden Menschen Arbeit bietet. Der Rohstoffabbau – darunter auch Öl, Gas, Kupfer, Blei, Zink – wird als Schwungrad der indischen

2 <http://cseindia.org/userfiles/Coal%20mining.pdf>

Bevölkerung attraktiven Versprechen auf Arbeitsplätze stellt die Studie in Frage. Sie zeigt, dass in den zurückliegenden Jahren die Anzahl der Arbeitsplätze in der Kohleindustrie um 30 Prozent gesunken ist, nicht zuletzt durch die Technisierung der Arbeitsabläufe, während die Kohleförderung und Verstromung im gleichen Zeitraum um 40 Prozent anstiegen. Laut der Internetplattform *Sourcewatch*³ befinden sich viele Kohlekraftwerke in *Madhya Pradesh* in der Entwicklungs- und Planungsphase, während im Distrikt *Singrauli* neue Lizenzen für den Kohleabbau den von *Kalpavriksh/Greenpeace* beschriebenen Konflikt verschärft haben.

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* ging 2012 von einer Wertschöpfung im Bereich Bergbau von 44 Milliarden US-Dollar für die Jahre 2010 und 2011 aus. Das Ministerium für Energie, Kohle, neue und erneuerbare Energie schätzt, dass Indien (Stand 2014) über insgesamt rund 301 Milliarden Tonnen Kohle als Reserve verfügen könnte; gesicherte Vorkommen von etwa 126 Milliarden und bereits erschlossene in Höhe von 33 Milliarden besitzt.⁴ Dies lässt erahnen, dass die Wertschöpfung immens ist, und mit welcher Macht, Wucht und Dynamik sowie Tendenz zur Selbstständigkeit vor allem im Kohle- und Eisenerzabbau agiert wird. Selbst in Aufstandsgebieten wie dem Bundesstaat *Chhattisgarh*, in dem maoistische Gruppen (*Naxalites*) bewaffnete Angriffe führen, planen Regierung und Unternehmen geradezu unbekümmert die Förderung von Eisenerz und Bauxit sowie die Erzeugung von Stahl und Aluminium. Premierminister *Narendra Modi* kündigte bei seinem Besuch vor Ort im Mai 2015 an, in *Chhattisgarh* 240 Milliarden Rupien (etwa 3,3 Millionen Euro) in die Rohstoffgewinnung investieren zu wollen.

Rohstoffdynamik und Folgen für die indische Gesellschaft _____

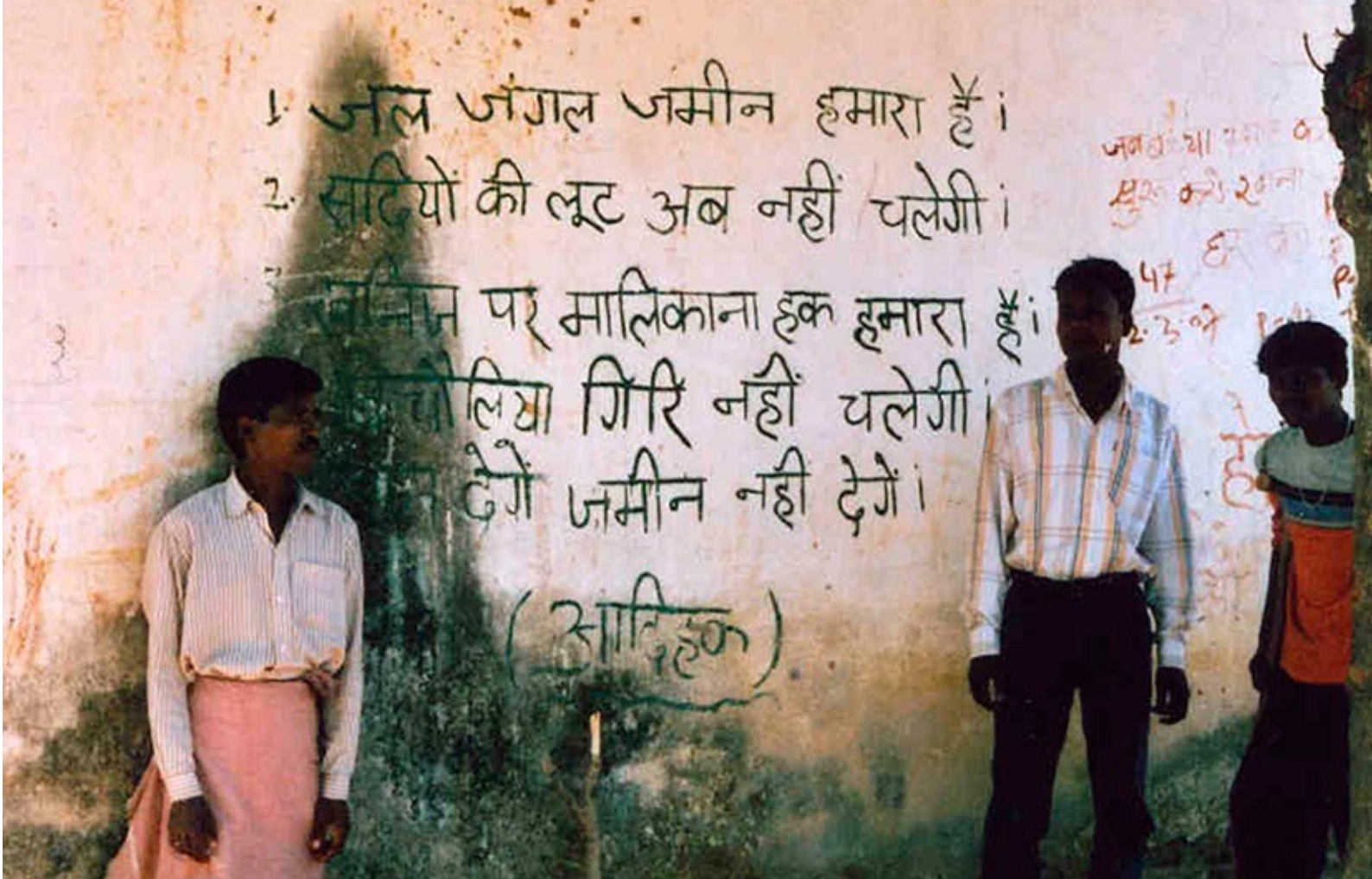
Indien wandelt sich rasant und grundlegend zu einer mächtigen Wirtschaftsnation und regionalen Großmacht. Mit Wachstumsraten von durchschnittlich 8,4 Prozent in den Jahren 2006/2007 bis 2010/2011 galt Indien als neue Wirtschaftsmacht Asiens. Andererseits ist Indien ein Armenhaus

geblieben, die soziale und ökonomische Spaltung der Gesellschaft ist so tief wie nie zuvor. Der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen sank, neue Arbeitsplätze entstanden zumeist im informellen Sektor. Regierungsprogramme zur sozialen Grundversicherung suchten die Einkommensdisparitäten zu mildern – erfolglos; so das Ernährungssicherungsgesetz (*National Food Security Act*) vom Juli 2013, das Programm zur Gesundheitsversicherung (RSBY) seit dem Jahr 2008. Die Angst großer Teile der indischen Bevölkerung vor einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingung brachte *Narendra Modi* und seine indische Volkspartei BJP (*Bharatiya Janata Party*) 2014 an die Macht, gepaart mit Erwartungen, gerade den Ressourcenreichtum für mehr soziale Teilhabe und Gerechtigkeit einzusetzen. Eine verwegene Hoffnung, denn Reichtum, Wirtschaftswachstum und Unterentwicklung sind in Indien immer schon unterschiedliche Begriffe für den gleichen Prozess.

Eng mit dem Rohstoffabbau verwoben ist in Indien Ausbeutung im Allgemeinen und Kinderarbeit im Besonderen. Dies verdeutlichen Studien des *Dhatri Resource Centre* und von *terre des hommes* aus den Jahren 2010 und 2012. Der Bergbau in Bezug auf Erze, Kohle, Uran, Diamanten und Natursteine trägt nicht nur zur Verwüstung der Landschaften bei, sondern findet unter massiver Ausbeutung möglichst billiger Arbeitskraft statt und verursacht geradezu Kinderarbeit. Laut den beiden Studien arbeiteten damals nach offiziellen Angaben rund 45.000 Kinder in Bergwerken und Steinbrüchen. *Terre des hommes* fand jedoch heraus, dass allein im Bundesstaat *Karnataka* mehr als 200.000 Kinder unter 14 Jahren im Abbau von Erzen arbeiteten. Die unterschiedlichen Zahlenangaben rühren von der hohen Dunkelziffer durch Zehntausende illegaler und nicht registrierter Betriebe. Es ist kein Zufall, dass Indien bis heute keine der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu Kinderrechten ratifiziert hat. Die ILO-Konvention 138 aus dem Jahr 1973 legt ein Mindestalter für Kinderbeschäftigung fest. Die ILO-Konvention 182 aus dem Jahr 1999 verpflichtet den Vertragsstaat, wenigstens gegen die schlimmsten Formen der Kinderausbeutung vorzugehen. Hinzu kommen hohe Raten der Kindersterblichkeit und Mangelernährung. Speziell bei Kindern macht sich verseuchtes Trinkwasser bemerkbar: Die Bergwerke entsorgen in hohem Maße ihre hochgiftigen Chemikalien direkt in Gewässer oder ins Erdreich.

3 http://www.sourcewatch.org/index.php/Madhya_Pradesh_and_coal

4 <http://coal.nic.in/content/coal-reserves>



Mindestens ebenso eng und fatal verwoben ist der Rohstoffabbau und seine Folgen auf die Lebensumstände von vielen der rund 700 indigenen Volksgruppen in Indien, die auf insgesamt 90 bis 100 Millionen Angehörige geschätzt werden – rund 8,3 bis 8,5 Prozent der indischen Gesamtbevölkerung. Offiziell werden *Adivasi* als *Scheduled Tribes* (registrierte Stammesgesellschaften) bezeichnet, was mit spezifischen Rechten über Land, Wasser, Weide- und Jagdgebieten sowie politischer Selbstverwaltung verknüpft ist. Rund 75 Prozent der *Adivasi* siedeln im sogenannten *Tribal Belt*. In den nordöstlichen Bundesstaaten *Arunachal Pradesh*, *Meghalaya*, *Mizoram*, *Manipur* und *Nagaland* bilden indigene Völker rund 90 Prozent der Bevölkerung. Sie alle leben in rohstoff- und wasserreichen Gebieten. In den Bundesstaaten *Odisha* oder *Chhattisgarh* sitzen *Adivasi* geradezu auf Rohstoffen. Konflikte sind hier vorgezeichnet.

Walter Fernandes, ein renommierter Sozialforscher in Indien, hat in einer Untersuchungsreihe in mehreren Bundesstaaten hochgerechnet, dass im Zeitraum von 1951 bis zum Jahr 2000 ungefähr 15 bis 20 Millionen *Adivasi* aus ihrer Umgebung durch Staudämme, Rohstoffabbau, Infrastrukturausbau oder Industrieansiedlungen vertrieben wurden. Allenfalls ein Viertel erhielt je eine Entschädigung. An diesen Verhältnissen hat sich bis heute nichts zum Positiven verändert. Es ist auch hier kein Zufall, dass Indien die ILO-Konvention 169 zu Stammesgesellschaften und indigenen Völkern (1989) nicht ratifiziert hat. Artikel 6 dieser Konvention fordert Konsultationsverfahren, die den Lebensumständen indigener Völker Rechnung tragen und Einwendungen gegen ein als schädlich eingeschätztes Vorhaben ermöglichen.

Ebenso dramatische Folgen zeitigt der Rohstoffabbau durch die Begünstigung der Korruption. Eine im November 2010 eingerichtete Anti-Korruptionskommission auf Bundesebene sollte den unerlaubten Abbau von Eisenerz und Mangan sowie finanzielle Transaktionen im Bergbau untersuchen und war in *Goa* und *Karnataka* in der Tat fündig geworden. In *Goa* fand man 90 Minen, die ohne Genehmigung des nationalen Ausschusses

Proetst in Devalgada (Karanpura-Tal zwischen Ranchi und Hazaribagh, Jharkhand). Der Ort soll einem neuen Kohlebauprojekt weichen, der Protestslogan auf der Hauswand heißt: *Das Wasser, der Wald und das Land gehören uns! Der Diebstahl hielt jahrhundertlang an – das hört jetzt auf! Wir sind die Eigentümer der Ressourcen! Keine Korruption im großen Stil mit uns! Wir geben unser Leben hin, aber nicht unser Land!*

Infobox

Tribal Belt

Odisha, Jharkhand, Chhattisgarh, Madhya Pradesh, Andhra Pradesh, Gujarat, Rajasthan

für den Schutz der Natur betrieben worden waren. Damit waren dem Fiskus schätzungsweise bis zu 5,5 Milliarden Euro entgangen. In beiden Bundesstaaten wurde die zeitweise Schließung einiger Bergwerke angeordnet, für andere ein Deckel von maximal 20 Megatonnen Jahresproduktion vorgegeben. Bergbaulizenzen wurden für ungültig erklärt. Ermittlungen und Anhörungen in den Bundesstaaten *Chhattisgarh*, *Maharashtra* und *Madhya Pradesh* standen an. Dem kam die Regierung in Delhi allerdings zuvor. Die Redaktion *NEOPresse* berichtete im Oktober 2013, dass die Regierung alle Untersuchungen über den illegalen Bergbau nicht zuletzt aufgrund der Intervention durch die Unternehmen gestoppt hatte.⁵ Die Aufdeckung der Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft hatte nicht nur die Amtsentlassung und Festnahme selbst hochrangiger Politiker sondern auch die – vorläufige – Schließung großer Eisenerzminen zur Folge. Dieser Preis war der Regierung wohl zu hoch.

Es gibt auch einige wenige Unternehmen, die sich um Transparenz etwa im Bergbau bemühen. Unter dem Stichwort *mJunction* wurde 2001 eine elektronisch operierende Auktionsplattform für Stahl und Kohle geschaffen, die von den an den Auktionen teilnehmenden Firmen fordert, die Wege und Bedingungen der Stahlproduktion und Kohleförderung offen zu legen. Gestützt wird diese Initiative von dem seit 1990 bestehenden *International Business Leaders Forum*, das eine freiwillige und informelle Rechenschaftslegung (*Clearing House*) für den Kontext Umwelt-Konflikt-Zusammenarbeit (*Environment, Conflict and Cooperation*; ECC) etabliert hat; gefördert unter anderem durch die deutsche Regierung. Auch *Siemens India* will mehr Transparenz und fordert Nachweise über die Erzeugung für seine Stahlproduktion. Parallel dazu sind kritische Anfragen an Produktionsbedingungen und Lieferketten durch Endabnehmer vielzähliger geworden. Die Debatten bei den Vereinten Nationen um menschenrechtliche Sorgfaltspflichten und Rechenschaftsverfahren für international operierende Unternehmen sowie die politischen und gesetzgeberischen Initiativen etwa im Europaparlament (Stichwort Rohstoffpapier) oder im

US-Kongress tragen zu einem neuen Diskurs bei; allerdings noch nicht zu einer nachhaltig veränderten Praxis.

Verbogener Rechtsstaat _____

Die indische Verfassung ist mit rund 400 Artikeln und insgesamt neun Anhängen (*schedules*) umfangreich und detailliert, stellt bestimmte Volksgruppen ausdrücklich unter besonderen Schutz und beauftragt die Regierung zur spezifischen Förderung dieser Volksgruppen (Stichwort: positive Diskriminierung). Darunter fallen registrierte Stammesgesellschaften (*scheduled tribes*), Dalits (*scheduled casts*) sowie *Other Backward Classes*. In Bezug auf die *Adivasi* stellt insbesondere der fünfte Anhang zur Verfassung (*Fifth Schedule*; Artikel 244.1) hohe Hürden auf, die eine Störung der tradierten Lebensformen verhindern sollen. Zu schützen sind spezifische Formen des Ackerbaus, der Weidewirtschaft, Jagd und Nutzung des Waldes. Das saisonale Wechselspiel zwischen Land- und Waldnutzung stellt vielerorts die Voraussetzung für ein eigenbestimmtes Leben der *Adivasi* dar, das eigenen Maßstäben und Entwicklungsparametern folgt. Nur in Ausnahmefällen kann de jure *Adivasi*-Land enteignet werden. Das Gesetz zum Landerwerb (*Land Acquisition Act*) von 2013 verlangt die Zustimmung der *Gram Sabha* (Dorfversammlung) zum Erwerb von Land in für *Adivasi* registrierten Gebieten.

Zusätzlich zur Verfassung hat die indische Regierung per Bundesgesetz die Rechte der *Adivasi*-Dorfräte, der sogenannten *Panchayats* gestärkt. Das seit 1996 geltende Gesetz zu den *Panchayats* legt fest, dass über die Nutzung von Land, Wasser und Wald die *Adivasi*-Gemeinschaft zu entscheiden hat (*Provisions of the Panchayats – Extension to the Scheduled Areas Act*; PESA). Das seit 2008 gültige Forstgesetz (*Forest Rights Act*) ermöglicht den *Adivasi* und der traditionell im Wald lebenden, lokalen Bevölkerung ausdrücklich die subsistenzwirtschaftliche Nutzung des Waldes auch in Wildreservaten und Naturparks, für die ansonsten strenge Nutzungsverbote herrschen. Der Oberste Gerichtshof (*Supreme Court*) bestätigte im April 2013 (SC 2013(6) Scale 57), dass der *Gram Sabha* die zentrale Rolle beim Erhalt und der Nutzung von Waldstücken zusteht. Die jeweilige Landesregierung und das Bundesministerium für Stammesangelegenheiten (*Ministry of Tribal*

5 www.neopresse.com/wirtschaft/indien-untersuchung-ueber-illegalen-bergbau-gestoppt-unternehmen-zwingen-regierung-in-knie/



Affairs) sollen die *Gram Sabha* dabei unterstützen. Ein Rundschreiben aus dem Ministerium vom 7. März 2014 (Circular No: 23011/02/2014-FRA) an die Bundesstaaten würdigte diese Rechtslage und widerrief frühere Mitteilungen des Ministeriums für Umwelt und Wald, soweit diese im Gegensatz zum Urteil des *Supreme Court* standen. Ein Sonderbeauftragter, der *Commissioner for Scheduled Castes and Scheduled Tribes*, legt regelmäßig Berichte über die soziale Lage der beiden Volksgruppen vor.

Unbeschadet der institutionellen Rechtsinstrumente behält sich der Staat jedoch prinzipiell das Recht vor, im »nationalen Interesse« anders zu entscheiden. Wie das vollzogen wird, deckte *Stan Swamy* auf, renommierter Aktivist für die Rechte der *Adivasi*. Er veröffentlichte zwei Zirkulare, wonach das Büro des Premierministers *Manmohan Singh* (2004–2014) in den Jahren 2012 und 2013 allen Bundesministerien die Anweisung erteilt hatte, bei der Prüfung von industriellen Großprojekten Hemmnisse durch Wald- oder Umweltschutz möglichst zu beseitigen, die Planung und Durchführung des Projekts zu beschleunigen. Bei einer Investitionssumme von bis zu fünf Milliarden Rupien (ca. 60 Millionen Euro) könne eine Umweltverträglichkeitsprüfung entfallen. Bei

Projekten mit einer Investitionssumme von bis zu zehn Milliarden Rupien (ca. 120 Millionen Euro) sollte nur der jeweilige Bundesstaat die Prüfung durchführen, nicht mehr die Bundesregierung. Alle Maßnahmen, die mit Bauen, Immobilien und Sonderwirtschaftszonen zu tun hatten, sollten grundsätzlich von einer Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen werden. Bergbauprojekte, die ihre Kapazitäten um bis zu 25 Prozent ausweiten wollten, sollten die Genehmigung automatisch und ohne öffentliche Anhörung erhalten. Das Büro des Premierministers mahnte außerdem, die Anträge der Großindustrie auf Freigabe von Waldgebieten zu gewähren und erst danach Rechtsansprüche der *Adivasi* zu überprüfen. Der *Forest Rights Act* hatte genau die umgekehrte Reihenfolge festgelegt. Auch sonst klaffen große Lücken zwischen rechtlichem Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit. Nicht alle Bundesstaaten garantieren die Vorgaben der *Fifth Schedule*, nicht alle *Adivasi* sind rechtswirksam registriert. Das Verbot des Landerwerbs durch Nicht-*Adivasi* wird durch Hypothekengeschäfte umgangen. Landraub, manipulierte oder gekaufte Entscheidungen der Dorfräte setzen die Rechte faktisch außer Kraft.

Mindestens genau so gravierend ist die teils offen zur Schau getragene Indifferenz staatlicher

Erste Probeaus-schachtungen auf dem Bauxit-berg (Baphlimali bei Kashipur, Süd-Odisha).



Einrichtungen ihren eigenen Regeln gegenüber. *Human Rights Watch* geht davon aus, dass viele (Menschen-)Rechtsverletzungen im Bereich der Rohstoffgewinnung der nachlässigen Handhabung vorgeschriebener Konsultationsverfahren und Verträglichkeitsprüfungen geschuldet sind. Sehr häufig werden diese Verfahren in die Obhut der jeweiligen Unternehmen übergeben. Das Bundesland *Odisha* ist berüchtigt dafür, dass die Umweltverträglichkeitsprüfungen (*Environmental Impact Assessments*; EIA) den Standards für empirische Untersuchungen schlicht nicht genügen, blind gegenüber Land- und Waldrechtsgesetzgebung oder einfach gefälscht sind – das heißt, auf eine willige oder völlig überforderte Behörde treffen. *Human Rights Watch* stellte 2012 in seinem Bericht fest, dass Indiens Bergbauindustrie ihren eigenen Regeln folgt; erleichtert dadurch, dass lediglich ein Dutzend Beamte der Bundesregierung für alle EIAs aller Bergbauunternehmungen in allen Bundesstaaten Indiens zuständig sind.

Verfahren werden manipuliert, wie zum Beispiel Protokolle über Konsultationen mit der *Gram Sabha*. Der Widerstand der *Dongria Kondh* in den *Niyamgiri Hills* im Bundesstaat *Odisha* gegen den Bauxit-Abbau durch die britische Aluminium-Schmiede *Vedanta* mit dem indischen Ableger

Sterlite India konnte nur deswegen so erfolgreich sein, weil die entscheidende Versammlung der *Gram Sabha* im Rahmen des Konsultationsverfahrens von einem Filmteam dokumentiert worden war. Der britische Bergbau-Konzern hatte 2005 die Erlaubnis beantragt, Bauxit im Wert von mehreren Milliarden Rupien abzubauen. Der Oberste Gerichtshof Indiens hatte 2007 den Abbau des Erzes wegen Verfahrensfehler untersagt und eine erneute Konsultation beauftragt. Im Laufe des Verfahrens verwehrt das indische Umweltministerium 2011 seine Zustimmung, was jedoch angefochten wurde. Schließlich gab es eine erneute Versammlung der *Gram Sabha*, die dem Bauxit-Abbau eine eindeutige Absage erteilte. Das spätere Protokoll dieser Versammlung besagte jedoch anderes. Mit Hilfe des Filmteams konnte vor dem Obersten Gerichtshof das Protokoll der Fälschung überführt werden. Die Lizenz für den Bauxit-Abbau wurde im April 2013 verweigert. Dass dieser Widerstand bis zum *Supreme Court* gelangen konnte, war dem starken lokalen Widerstand aber auch dem Engagement internationaler Menschenrechtsorganisationen wie *Survival International* und *Amnesty International* geschuldet, die den Konflikt publizitätsträchtig aufarbeiten und bis in das britische »Wohnzimmer« von *Vedanta* und



damit zu den Aktionären und Investoren tragen konnten.

Verschiedene Regierungen – unterschiedliches Regierungshandeln? _____

Jede indische Regierung, ob auf Bundes- oder Landesebene, hat wirtschaftliches Wachstum und politische Stabilität als erste Priorität für das Regierungshandeln formuliert. Gleichzeitig gab es in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit durchaus Reformen für einen demokratischen Aufbau, die institutionelle Teilhabe und erweiterte Zugangsmöglichkeiten zur Geltendmachung eigener Rechte. Allerdings drängt sich der Eindruck auf, dass Reformen und entstehender Rechtsstaat weniger staatsbürgerliche Abwehrrechte als vielmehr das Funktionieren von Staat und Wirtschaft im Fokus hatten. Im Uranabbaugebiet *Jadugoda, Singhbhum* Distrikt im Bundesstaat *Jharkhand*, werden bis heute Daten zu den gesundheitlichen Folgen des Abbaus von Uran, des Abbaus und der schadhaften Absetzbecken unter Verschluss gehalten. NGOs, die Untersuchungen anstellen, werden sowohl vom Sicherheitsdienst des Betreibers, der *Uranium Corpo-*

ration of India Ltd (UCIL), als auch von staatlichen Behörden unter Druck gesetzt, Aktivisten inhaftiert. Manche sterben unter mysteriösen Umständen.

Die Schikanen gegen *Greenpeace* und andere NGOs durch die Regierung *Modi* nahmen ihren Ausgang bereits in der Vorgängerregierung. Kritische Studien und Kampagnen gegen Bergbau und Rohstoffgewinnung wurden dort schon als Gefährdung der nationalen Sicherheit eingestuft; so ein Bericht des Inlandsgeheimdienstes im Juni 2014.⁶ Dieser machte die Kampagnen von NGOs für den Verlust von zwei bis drei Prozent Wirtschaftswachstum verantwortlich. Der Bericht war von der *Congress*-geführten Regierung in Auftrag gegeben worden. Ist es folglich für die Opfer und Betroffenen des Ressourcenabbaus belanglos, wer in New Delhi das politische Sagen hat? Nicht ganz, wenn wir etwa die Aktionen des Umweltministeriums in Bezug auf *Vedanta* in Betracht ziehen, die für die Organisation von Protest und Widerstand relevant waren.

6 www.pratirodh.com/wp-content/uploads/2014/06/IB-Report-NGO.pdf

Altes Heiligtum in einer Höhle auf dem Bauxitberg (Baphimali bei Kashipur, Süd-Odisha).

Hier wurde der Widerstand zum Symbol

Orte, die für den Widerstand der lokalen Bevölkerung zum Symbol geworden sind, aber nur einen Bruchteil des Widerstands wiedergeben

Bauxit

Kashipur, Rayagada, Bagrihola, Niyamgiri Hills (Odisha), Visakhapatnam (Andhra Pradesh), Raigad (Maharashtra)

Uran

Jagudoda (Jharkhand), West Khasi Hills (Meghalaya)

Kohle

Karanpura (Jharkhand), Korba (Chhattisgarh), Chilika (Odisha)

Eisen/Stahlerzeugung

Bellary-Distrikt (Karnataka), Khandadhara, Kalinganagar, Jagatsinghpur (Odisha), Nandigram (Westbengal)

Eine Liste beteiligter Firmen kann über www.greenclearancewatch.org/node/3222/1620 eingesehen werden

Angriffspunkte für Protest finden sich auch bei *Narendra Modi*, Indiens Premierminister seit 2014. Er stellt sich als Mann der Mittelklasse dar, der die Nöte des Alltags kennt; als Macher mit wirtschaftlichen Erfolgen, der Korruption bekämpft, effizient regiert und ungebremstes Wachstum garantiert. Würden dabei Genehmigungs-, Prüf- und Konsultationsverfahren als zweitrangig behandelt oder ganz abgeschafft, würden wichtige Hebel auch für den außergerichtlichen Widerstand fehlen. So legte die BJP-Regierung Ende Dezember 2014 einen Erlass (*ordinance*) zur Gesetzgebung über Landerwerb und Entschädigungen vor (*Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act*). Enteignungen im öffentlichen Interesse (*eminent domain*) sollten einfacher, Konsultationen beschleunigt werden, Prüfverfahren bei Infrastrukturprojekten, Staudämmen, Energiegewinnung, Industriean-siedlungen und sozialem Wohnungsbau entfallen. Gesetzesverstöße durch Behörden sollten im Rahmen dieser Maßnahmen nur auf ausdrückliche Veranlassung der Regierung geahndet werden können. Der Erlass scheiterte jedoch im März 2015 am Widerspruch der *Rajya Sabha* (vergleichbar dem deutschen Bundesrat). In der *Rajya Sabha* hat die BJP bislang keine Mehrheit. Das Reformvorhaben löste massive Proteste in der Gesellschaft aus.

Zivilgesellschaftlicher Protest

»Bevor die Mine den Betrieb aufnahm, ging ich für gewöhnlich in den Wald und nutzte das, was der Wald hergab. Jetzt haben sie um den ganzen Wald Sperren eingerichtet, und keinem Dorfbewohner ist es erlaubt, in den Wald zu gehen. Sie sagen, der Wald gehört jetzt dem Unternehmen. Du kannst da nicht mehr hineingehen.« Angehöriger der *Baiga* im Bundesstaat *Madhya Pradesh*, zitiert nach Kalpavriksh/Greenpeace 2012, »*Countering Coa?*«⁷

Solche Geschichten gibt es zuhauf; von *Adivasi* und anderen Waldbewohnern, von Kleinbauern und Fischern. Von all jenen, die im Zuge der Ressourcenausbeutung in ihrer Existenz bedroht werden. Soweit überhaupt Entschädigungen gezahlt oder Arbeitsplätze angeboten werden, reichen sie

in der Regel kaum für den Unterhalt der Familie; ganz zu schweigen von den Nachkommen, denen die natürliche Lebensversicherung unwiederbringlich abhanden gekommen ist. Wer sich das nicht gefallen lässt, erfährt Einschüchterung, Haft, bis hin zur Gewalt. Verbriefte Rechte werden im großen Maßstab missachtet und verletzt. Auf Dorfversammlungen verfasste Protestbriefe werden möglichst unterdrückt. Geradezu zwangsläufig eskalieren friedliche Proteste in gewalttätige Straßenblockaden, kleinere Sabotagen und manifesten Widerstand.

Enteignung, Vertreibung, Verlust der Gewohnheits- und Verfassungsrechte stehen mit an der Wiege des unabhängigen Indiens. Im Zuge der nachholenden Industrieentwicklung in den 1950er Jahren wurden Projekte wie das Stahlwerk *Rourkela* in *Odisha* realisiert, an deren Aufbau die westdeutsche Regierung mit hohen Summen beteiligt war. Die Folgen für die vertriebenen *Adivasi* sind bis heute unerledigt geblieben. Über die Jahrzehnte

7 Zitiert nach Greenpeace/Kalpavriksh (2012): *Countering Coal?* S. 24. – Übersetzung des Autors.



hat sich Wissen und Erfahrung zu Widerstandsbe-
wegungen angesammelt, das in vielerlei Netzwer-
ken, Initiativen und in den Narrativen der lokalen
Bevölkerung präsent ist. Widerstand leistende
Dorfbewohner haben sich gegenseitig besucht und
über ihre Erfolge und Herausforderungen ausge-
tauscht. Das ist aufgrund der vielen und in den
Bundesstaaten unterschiedlichen Verkehrssprach-
en nicht selbstverständlich.

Gleichförmig sind viele Narrative in Bezug auf die
Rolle des Staates. Noch während über die Lösung
eines Konflikts verhandelt wird, werden Familien
und Dörfer vertrieben; detonieren in Anwesen-
heit der Polizei Sprengkörper, um Umsiedlungs-
unwillige anzutreiben. Unter Einsatz von Gummi-
geschossen und Schlagstöcken werden Sitzstreiks
aufgelöst, Häuser durchsucht, Eigentum zerstört,
Dorfbewohner unter falschen Anschuldigungen
verhaftet. In *Kalinganagar (Odisha)* starben 2007
sieben Protestierende durch Schüsse staatlicher
Sicherheitsdienste.

Orte wie *Kalinganagar* werden gleichzeitig zum
Bezugspunkt für sozialen Protest, unterstützt
durch NGOs, soziale Bewegungen und Men-
schenrechtsorganisationen. Nach den Ereignis-
sen 2007 kamen Aktivisten aus verschiedenen
Initiativen und Regionen nach *Kalinganagar*.

Andere protestierten an anderen Orten Indiens
mit Bezug auf *Kalinganagar*, besetzten ein Büro
der für die Stahlindustriensiedlung verant-
wortlichen TATA-Unternehmensgruppe, TATA-
Fabrikarbeiter traten in den Streik. Straßenblo-
ckaden und Kundgebungen gab es in *Jharkhand*,
Chhattisgarh, *Karnataka* und Neu Delhi. Solche
Erfahrungen mit Solidarität ermutigen die lokale
Bevölkerung bis heute, Protest und Widerstand
zu organisieren. So gingen Mitte Juli 2015 die
Bewohner des Dorfes *Nuagon* dazu über, ihr Land
wieder zu besetzen, das für die Stahlproduktion
der koreanischen Firma POSCO vorgesehen und
ungenutzt geblieben war.

Viele Proteste richten sich nicht grundsätzlich
gegen Industriensiedlungen, Rohstoffabbau,
Infrastrukturmaßnahmen oder Energieprojekte
sondern vor allem gegen die Verweigerung den
lokalen Gemeinschaften gegenüber, selbst über
ihre Lebensentwürfe, die Nutzung ihres Landes und
der dazugehörigen Ressourcen in Gegenwart und
Zukunft bestimmen zu können. Selbst am Nieß-
nutz der Vorhaben werden sie allenfalls marginal
beteiligt. Die Erkenntnis von Thomas Münzer zum
Bauernkrieg in Deutschland (1524–26), »*die Her-
ren machen das selber, dass ihnen der arme Mann
feind wird*«, gilt in Indien ohne Einschränkung.

In der Nachbarschaft
des produzierenden
Kohletagebaus
»Piparwar« (Karan-
pura-Tal zwischen
Ranchi und Hazari-
bagh, Jharkhand).
Von den Kohlewas-
chanlagen läuft die
Dreckbrühe oft direkt
auf die Felder.

Wie in anderen Teilen der Welt nehmen einzelne Personen ihren Mut zusammen, erforschen ihre (Abwehr-)Rechte, geben die Erkenntnisse an Nachbarn und die Dorfgemeinschaft weiter, gründen Komitees zur besseren Verteidigung ihrer Interessen und riskieren nicht zuletzt Anfeindungen auch in ihrer unmittelbaren Umgebung. Im heutigen Sprachgebrauch handelt es sich um Menschenrechtsverteidiger – Frauen wie Männer. Unterstützung erfahren sie oftmals durch eine vielfältig engagierte Zivilgesellschaft und wache Medien, die dem Protest zur Einwirkung auf die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in Politik und Justiz verhelfen. Einige Konflikte erreichen internationale Gremien wie Aktionärsversammlungen, die Vereinten Nationen oder auch Kirchen in anderen Ländern, so beim Beispiel *Vedanta*.

Internationale Abkommen – internationale Solidarität _____

Protest und Widerstand in Indien werden von international operierenden Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen begleitet. Diese fordern in der Regel, dass indische Regierungsinstitutionen anerkannte, friedliche und partizipative Streitschlichtungsverfahren anerkennen, einrichten und anwenden; so die internationalen Verträge zu den Menschenrechten oder Rechte aus dem Vertragswerk der ILO. Auf dieser Grundlage setzt sich etwa *terre des hommes* in Deutschland gegenüber Importeuren von Natursteinen dafür ein, Zulieferer zu zertifizieren, um Steine ohne Kinderarbeit kenntlich zu machen. Kommunen und die öffentliche Hand, aber auch einzelne Verbraucher fordert *terre des hommes* auf, ausschließlich Natursteine mit einem seriösen Sozialiegel zu kaufen. Die Organisation fördert Projekte in Indien, die Kinderarbeiter aus Minen befreien, Kindertagesstätten und Grundbildung für die Familien von Steinbrucharbeitern anbieten. Es gibt vielfältige Formen einer solidarischen Praxis, die hier nicht weiter ausgebreitet werden.

Der Fokus liegt auf den internationalen Abkommen zu Menschenrechten. Momentan handelt es sich um zehn Kernabkommen mit Rechtsansprüchen auch zum Kontext Rohstoffausbeutung. Die Ansprüche sind bindend, wenn der Staat die Abkommen ratifiziert. Es geht um selbstbestimmtes Leben, Beteiligung an Entscheidungen und entsprechende Konsultationsverfahren, freie

Äußerung einer eigenen Meinung und Versammlung mit anderen, Schutz der Person vor repressiven und diskriminierenden Eingriffen, Maßnahmen des Staates zur Grundversorgung bei Gesundheit, gesundheitsförderliche Umwelt, Ausbildung und Information, angestammte Rechte (Gewohnheitsrechte) an Besitz und Zugang zu Wasser, Wegen, Weide- und Kommunalland, eine eigene kulturelle und religiöse Lebensgestaltung einschließlich Schutz der jeweiligen heiligen Stätten, Schutz eigener Lebensentwürfe im Sinne von Entwicklungsparadigma bei Minderheiten und indigenen Völkern. Letztere können weitere Rechte zur Förderung zur Gleichstellung mit anderen (*affirmative action*) beanspruchen; im Zivilpakt (Internationale Konvention zum Schutz ziviler und politischer Rechte) in Artikel 1 (Selbstbestimmung) und Artikel 27 (Minderheitenrechte), im Kommentar Nr. 23 (1997) zur Internationalen Konvention gegen Rassismus, im Kommentar Nr. 24 (1999) zur Frauenrechtskonvention oder auch im Artikel 30 der Kinderrechtskonvention.

Die UN-Menschenrechtsabkommen weisen zwei weitere Aspekte auf, die für das Thema Rohstoffausbeutung und friedliche Konfliktlösung von Bedeutung sind. Zwecks Überprüfung, inwieweit der Vertragsstaat seinen Verpflichtungen nachkommt, akzeptieren die Vertragsausschüsse auch schriftliche und mündliche Berichte seitens nicht-staatlicher Akteure. Die in diesen Berichten genannten Schwachstellen halten die Ausschüsse dem zur Überprüfung anstehenden Staat vor und erwarten eine Begründung. So mussten sich in jüngerer Zeit indische Regierungsdelegationen kritische Nachfragen zu Konsultationsverfahren und zu den Gründen der Nichtratifizierung einschlägiger ILO-Konventionen gefallen lassen, auch der ILO-Konvention 111 (1958) gegen die Diskriminierung bei der Arbeit; von Indien 1960 ratifiziert. Ein zweiter Aspekt betrifft die prinzipielle Möglichkeit, als Individuum dem einschlägigen Vertragsausschuss eine Beschwerde vorzulegen. Allerdings hat Indien keines der entsprechenden Zusatzprotokolle zu den Menschenrechtsverträgen ratifiziert und dieses Beschwerdeverfahren ausgeschlossen. Einige Vertragsorgane verfügen jedoch über die Möglichkeit, eigenständig Untersuchungen bei Verdacht auf gravierende Verletzungen der Menschenrechte anzustellen und in sogenannten Eilverfahren (*urgent procedure*) eine Regierung zu einer Stellungnahme anzuhalten. In Bezug auf



Indien und das Thema Rohstoffausbeutung hat der Ausschuss zur Anti-Rassismus-Konvention ein Eilverfahren zum Schutz indigener Völker im Nordosten vor den Folgen weiträumiger Staudambauten in Gang gesetzt.

In ähnlicher Weise können Fälle beim UN-Menschenrechtsrat mündlich und schriftlich vorgetragen werden. Am wirksamsten sind die Mandate der Sonderverfahren (*Special Procedures*) zu Themen wie Zugang zu sauberem Wasser, Rechte bei drohender Vertreibung im Rahmen des Mandats zu angemessenem Wohnen, intern Vertriebene, Schutz heiliger Stätten im Rahmen der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit, Behinderung der Arbeit von Menschenrechtsverteidigern, Freiheitsrechte zur Meinungsäußerung, Versammlung und Koalition oder Schutz vor unverhältnismäßigen oder ungebührlichen Maßnahmen im Rahmen einer Anti-Terror-Strategie. Die Mandatsträger der Sonderverfahren sind berechtigt, sich aufgrund einer plausibel scheinenden Klage vom Staat Aufklärung einzufordern und gegebenenfalls auf Abhilfe zu drängen. Indien gehört zu den Staaten, die auf eine solche Imagebeeinträchtigung empfindlich reagieren. Das Staatenprüfverfahren *Universal Periodic Review* bietet ebenso die Möglichkeit, die negativen Folgen des Bergbaus und

ausbeuterische Formen der Rohstoffgewinnung zu thematisieren. Der Beratende Ausschuss (*Advisory Committee*) und der Expertenmechanismus zu den Rechten indigener Völker (*Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples*) sind als Plattform zur Entwicklung mittel- bis langfristiger Standards zu verstehen.

Seit 2011 beschäftigte sich beim Menschenrechtsrat eine Arbeitsgruppe zur Unternehmensverantwortung mit Fragen der unternehmerischen Sorgfaltspflichten, der Haftung und Entschädigung etwa bei zerstörten Landschaften durch Bergbau beziehungsweise Regelungen zugunsten der lokalen Bevölkerung für die Zeit nach der Minenschließung. Es geht um die Pflicht der Staaten, Menschenrechte zu schützen (*duty to protect*), die Verantwortung der Unternehmen, Menschenrechte zu achten (*responsibility to respect*) und einen Zugang der Opfer von Menschenrechtsverletzungen zur Wiedergutmachung (*access to remedy*) zu ermöglichen.⁸

Anwendung finden außerdem die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die 2011

8 www.ohchr.org/EN/Issues/Business/Forum/Pages/ForumonBusinessandHumanRights.aspx

Reste eines sogenannten »heiliger Hains« in der Nachbarschaft des produzierenden Kohleletagebaus »Piparwar« (Karanpura-Tal zwischen Ranchi und Hazaribagh, Jharkhand), der hier schon der Zerstörung zum Opfer gefallen ist.

um ein Kapitel zu Menschenrechten erweitert wurden. Für Mitgliedsstaaten sind diese Leitsätze verbindlich, für Unternehmen freiwillig. In Deutschland müssen Unternehmen im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung lediglich erklären, dass sie die OECD-Leitsätze akzeptieren. Ein freiwilliges Instrument stellt auch die OECD-Richtlinie (2010) zu Lieferketten dar (*OECD Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas*), die Anleitungen dafür gibt, wie die Sorgfaltspflicht und die Risikobewertung in der Zulieferkette gestaltet werden kann. Der sogenannte *Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act* (2010) in den USA verweist grundsätzlich auf die gesetzgeberische Möglichkeit, Unternehmen mit börsennotierten Aktien im Bergbau- und Erdölsektor auf Sorgfalts- und Offenlegungspflichten festlegen zu können (hier Artikel 1502 und 1504).

Das *Dodd-Frank*-Gesetz bildete die Referenz für weitere Initiativen: die OECD Richtlinien, den *World Gold Council Standard* sowie Politikkonzepte des Europäischen Parlaments (EP) zur Rohstoffstrategie. Im Jahr 2011 forderte das EP die EU-Kommission auf, rechtlich verbindliche Regeln für die extraktive Industrie zu etablieren und eine länder- und projektbezogene Offenlegungspflicht vorzusehen. Die daraus hervorgegangenen Politikpapiere konzentrierten sich allerdings im Wesentlichen auf die Sicherung der Rohstoffe. Dies gilt in gleicher Weise für die Strategiepapiere der Bundesregierung (*Rohstoffstrategie der Bundesregierung – Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen*; Oktober 2010) sowie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*Extraktive Rohstoffe*; 2010). Hier sollen Menschenrechte, Umweltstandards und

Entwicklungspolitik gleichberechtigte Bestandteile der Rohstoffstrategie sein.

Aus dem zivilgesellschaftlichen Umfeld entwickelte sich 2002 die Transparenzinitiative EITI (*Extractive Industries Transparency Initiative*), die fordert, Zahlungen im Zusammenhang von Rohstoffabbau und der Förderung von Öl und Gas offen zu legen. Ziel ist, Korruption zu reduzieren und Mittel für die Armutsbekämpfung zu steigern. Nicht-staatliche Akteure lancierten die Maastrichter Prinzipien zu den Extraterritorialen Staatenpflichten (*Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States*). Diese Prinzipien sehen den Staat in der Pflicht, international operierende Unternehmen mit Hauptsitz im Vertragsstaat auf die Respektierung der Menschenrechte zu verpflichten. Das Netzwerk OXFAM hat auf dieser Grundlage ein Konzept für einen Beschwerde-mechanismus entwickelt.⁹

Alle Instrumente sind nur soweit effektiv, wie die Ansprüche aktiv eingefordert werden: durch Menschenrechtsorganisationen, soziale Bewegungen oder auch kritische Konsumenten. Das ist schneller geschrieben als umgesetzt. Es ist immer noch die Ausnahme, dass in Kaufhäusern und Betrieben nach Zertifikaten für Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen gefragt wird; von Menschenrechten ganz zu schweigen. Es ist eine Minderheit, die nach der Einhaltung von Vorgaben der OECD-Guidelines durch deutsche Unternehmen fragt und die Offenlegung der Berichte fordert. Nicht alles ist willentlich umsetzbar – der Autor weiß, wovon er schreibt. Grundsätzlich ist »solidarische Ökonomie« noch zu sehr Schlagwort denn Sozialisation. Hier können wir von unseren Partnern in Indien lernen. Instrumente zur gesellschaftlichen Sensibilisierung haben wir wahrlich genug.

9 <http://www.hapiinternational.org/pool/files/478-Oxfam%20Australia%20CM%20paper.pdf>

Zum Nachlesen

- Adivasi-Koordination [Hg.] (2007): Rourkela und die Folgen. 50 Jahre industrieller Aufbau und soziale Verantwortung in der deutsche-indischen Zusammenarbeit. Heidelberg: Draupadi
- Amnesty International (2013): India: Landmark Supreme Court ruling a great victory for indigenous rights
- Joachim Betz/Lena Theunissen (2013): Herausbildung eines südasiatischen Sozialstaats: Die Diffusion sozialpolitischer Programme. GIGA Focus 8 Asien, Hamburg
- Dhaatri Resource Centre for Women and Children-Samata/HAQ: Centre for Child Rights/mines, minerals & PEOPLE (2010): India's Childhood in the »Pits«. A Report on the Impacts of Mining on Children in India. Visakhapatnam-New Delhi: Aspire Design
- Economist Intelligence Unit (2014): Supreme Court removes ban on mining in Goa. April, 22nd, 2014
- Walter Fernandez (2009): India's Forced Displacement Policy and Practice. Is Compensation up to its Functions? In: Michael Cernea/Hari Mohan Mathur (eds.): Can Compensation Prevent Impoverishment? Reforming Compensation through Investments and Benefit Sharing. London-New Delhi: Oxford University Press, S. 180–207
- Ghadar Alliance (2014): Fast Track to Troubling Times: 100 Days of Narendra Modi. A Counter Report, September 2014
- Jayati Ghosh (2010): Sehr reale Turbulenzen. Die globale Krise bringt die Schwachpunkte der indischen Wirtschaft zum Vorschein. Le Monde diplomatique Nr. 9159 vom 9.4.2010, Seite 17
- Government of India/Ministry of Tribal Affairs (2014): Report of the High Level Committee on socio-economic, health and educational status of tribal communities of India.
- Greenpeace/Kalpavriksh [Hg.] (2012): Countering Coal? A discussion paper by Kalpavriksh and Greenpeace. Bangaluru-New Delhi
- Human Rights Watch (2012): Out of Control. Mining, Regulatory Failure, and Human Rights in India
- Internationale Arbeitsorganisation – ILO (2013): World of Work Report 2013 – Repairing the economic and social fabric. Genf: International Labour Office; International Institute for Labour Studies
- Ed McKenna/Rights and Resources (2012): Indien: Untersuchung über illegalen Bergbau gestoppt – Unternehmen zwingen Regierung in die Knie
- Arundhati Roy (2012): We call this progress. Speech at the Earth at Risk conference.
- Anil Shah/PowerShift (2015): Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor. Berlin
- Stan Swamy (2014): India: Red carpet rolled out for Corporates on Adivasi land. Published by MAC/Mines and Communities
- Stan Swamy (2015): Laws in favour of Adivasis are show-pieces not meant to be implemented
- Stop Child Labour/India Committee of the Netherlands [Hg.] (2015): Rock Bottom – Modern Slavery and Child Labour in South Indian Granite Quarries. Utrecht-Den Haag
- Terre des hommes/Heidi Feldt (2011): Glück auf? Die Auswirkungen des Bergbaus auf Kinder. Ökologische Kinderrechte: Fakte, Fälle, Forderungen. Osnabrück: Medienpark Ankum



Impressum

16

© Stiftung Asienhaus, Köln, Oktober 2015

Ein Projekt der Stiftung Asienhaus
in Kooperation mit dem Südasienbüro

Über den Autor:

Theodor Rathgeber ist Gründungs- und Vorstandsmitglied der Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. (1993), seit 2010 Koordinator der Sri Lanka Advocacy und Berater zu den Vereinten Nationen für das Forum Menschenrechte.

Kontakt:

Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Deutschland/Germany
Tel.: +49-(0)221-716121-11
<www.asienhaus.de>
<monika.schlicher@asienhaus.de>

Satz und Gestaltung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
<www.k-mw.de>

Fotos: Alle Fotos sind von Johannes Laping

Gefördert von Engagement Global
im Auftrag des

Redaktion:

Sonja Ernst, Monika Schlicher, Heinz Werner Wessler

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Im Widerstand gegen das Bauxiterz- und Aluminiumprojektort bei Kashipur, Süd-Odisha, fanden mehrere Adivasi-Aktivist*innen einen gewaltsamen Tod.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

und von

MISEREOR
IHR HILFSWERK